

**Leserfrage**

2000 haben wir Anteile eines offenen Immobilienfonds, jetzt DEGI Europa, bei Aberdeen Immobilien, gekauft. Der Fonds hat die Rücknahme bis Oktober 2010 ausgesetzt. Nun fällt der Rücknahmepreis, einzelne Immobilien sollen neu bewertet werden. Die Anteile könnten wir auch an der Börse verkaufen, aber mit Abschlag. Was raten Sie?

Jochen B., Ismaning

Offene Immobilienfonds galten lange als sicherer Hafen, doch die Finanz- und Wirtschaftskrise hat diesen Ruf erheblich ramponiert. Dass es erst jetzt zu einer Neubewertung der Immobilien kommen dürfte, liegt daran, dass das Wirtschaftsgeschehen bei gewerblichen Immobilien, anders als bei Aktien, später durchschlägt.

Bei den offenen Immobilienfonds der Aberdeen Gruppe kommt erschwerend hinzu, dass es sich um ehemalige Fonds der Immobiliertochter der Dresdner Bank handelt, die vor einiger Zeit an Aberdeen verkauft wurden. Damit ging der Vertriebskanal der Bank verloren, was die Mittelzuflüsse der Fonds einbrechen ließ. Der DEGI Europa ist gemäß Paragraph 81 Investmentgesetz geschlossen und die Wiedereröffnung auf den 16. November 2010 verschoben worden.

Die Analyse des DEGI Europa zeigt, dass das Nettofondsvermögen unter Berücksichtigung der Objektfinanzierungen im abgelaufenen Geschäftsjahr (30. September) auf 1,75 Milliarden Euro sank. Der Fonds ist mit 22 Immobilien breit gestreut; der Verkehrswert liegt bei 2,38 Milliarden Euro. Der Wert der Immobilien musste um 0,4 Prozent nach unten angepasst werden. Die Liquidität im Fonds liegt bei 225 Millionen Euro und die Vermietungsquote auf Basis der Brutomieten beträgt 93 Prozent, ein Rückgang um zwei Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Trotz der breiten Streuung auf mehrere europäische Länder hat der Fonds seinen Schwerpunkt mit 32 Prozent der Immobilien in Deutschland. Allerdings kann sich das wegen anstehender Objektverkäufe verändern. Im Fokus des Fondsmanagements stehen die Sicherung der Erträge und die Erhöhung der Liquidität, um für die Wiedereröffnung gewappnet zu sein.

Dennoch bleiben kritische Aspekte. So ist die mittelfristige Performance des Fonds wegen der relativ hohen Bewirtschaftungskosten im Branchenvergleich nicht besonders vielversprechend. Zudem signalisiert der hohe Abschlag bei einer Rückgabe über die Fondsbörse Hamburg im Vergleich zum letzten DEGI-Kurs (Abschlag derzeit elf Euro oder 17 Prozent), dass einige Marktteilnehmer eine Auflösung des Fonds mit hohen Kosten oder eine erhebliche Abschreibung einzelner Objekte erwarten. Deshalb ist es extrem schwierig, eine seriöse Handlungsempfehlung zu geben.

Sie haben den Fonds vor zehn Jahren gekauft – damit dürften Sie 3,3 Prozent jährlich erzielt haben. Das wird Sie vermutlich kaum befriedigen. Grundsätzlich sollten Anleger offene Immobilienfonds aber als Anlage sehen, mit der sich verlässliche Einnahmen erzielen lassen, und weniger als Renditebringer mit ständig steigender Kurskurve. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Gesetzgeber einige neue Regeln erlassen hat, die „kosmetische“ Operationen an der Rendite erschweren oder verhindern. Die schönen alten Zeiten sind damit passé. Momentan erscheint es daher ratsam, die Lage bei den derzeit noch offenen Immobilienfonds zu beobachten und dann rasch zu entscheiden.

Wolfgang Köbler ist Vorstand der KSW Vermögensverwaltung AG in Nürnberg.

Leserfragen zu Anlagethemen bitte an [leserfrage@sueddeutsche.de](mailto:leserfrage@sueddeutsche.de)

**Brenntag-Anleger fahren Gewinne ein**

Frankfurt – Der Chemikalienhändler Brenntag ist an der Börse gut angekommen. Der erste Kurs des Mülheimer Unternehmens lag am Montag mit 51,10 Euro über dem Ausgabepreis von 50 Euro. Im Laufe des Tages stieg die Aktie auf bis zu 52,40 Euro, womit die neuen Aktionäre einen Zeichnungsgewinn von fast fünf Prozent mitnehmen konnten. „Damit beginnt ein neues Kapitel in der 135-jährigen Firmengeschichte“, erklärte Vorstandschef Stephen Clark. „Das wird uns helfen, weiter zu wachsen.“ Mit einem Marktwert von mehr als 2,5 Milliarden Euro ist Brenntag ein Kandidat für den MDax.

Brenntag ist der dritte Neuling an der Frankfurter Börse innerhalb von acht Tagen – nach Kabel Deutschland und Tom Tailor. Am Dienstag folgt der Armaturenhersteller Joyou. Die vier Unternehmen haben insgesamt fast 1,8 Milliarden Euro bei Investoren eingesammelt. Brenntag landete mit 747,5 Millionen Euro knapp hinter Kabel Deutschland, dem größten Börsengang in Deutschland seit zweieinhalb Jahren. 525 Millionen Euro fließen dem Chemikalienhändler selbst zu, das damit seine Mezzanine-Darlehen tilgen und weiter zukaufem will. Die Aktien waren nach Unternehmensangaben mehrfach überzeichnet.

Allerdings fiel der Brenntag-Börsengang wie schon der von Kabel Deutschland etwas kleiner aus als die Banken gehofft hatten. „Das ist ein Käufermarkt. Die Investoren erwarten zurzeit große Abschläge für die Eisbrecher, deshalb haben wir auch einen so geringen Teil unserer Aktien verkauft“, sagte der Deutschland-Chef von Brenntag-Großaktionär BC Partners, Stefan Zuschke. Reuters

**Die Deutsche Vermögensberatung wollte vom Imageschaden der Banken profitieren. Doch bei dem Strukturvertrieb knirscht es – auch zum Nachteil der Anleger**

Von Tobias Romberg

Osnabrück – Als die Finanz- und Wirtschaftskrise Anfang 2009 ihre Wirkung entfaltete und das Image der Banken zunehmend schlechter wurde, leckten sich einige in der Finanzbranche die Finger. Reinfried Pohl, 81, Gründer der Deutschen Vermögensberatung (DVAG), ehrfurchtsvoll „der Doktor“ genannt, schrieb – sekundiert von seinen beiden Söhnen – am 23. Februar 2009 an alle hauptberuflichen Vermögensberater: „Wir hingegen haben als einer der ganz wenigen am Markt eine weiße Weste. Wir grenzen uns mit unserer Allfinanzberatung von den Produktverkäufern der Versicherungen und Banken deutlich ab.“

Nie zuvor sei die Chance größer gewesen, Marktanteile massiv auszubauen, schrieben die Pohls und kündigten „ein millionenschweres Investitionsprogramm an“, von dem die Vermögensberater profitieren werden. Diese leben in einem Strukturvertrieb wie dem der DVAG von Provisionen, die sie bei Vertragsabschlüssen mit Kunden verdienen, und von Mitarbeitern, die sie anwerben. Ohne Neukunden und neue Mitarbeiter sieht es also schlecht aus. Denn ein Mitarbeiter der DVAG hat kaum Festeinkommen. Profitgier oder eigene finanzielle

**Im Zweifel zählt die Provision des Verkäufers mehr als die Rendite des Kunden.**

Probleme können zu schlechter Kundenberatung führen, denn im Zweifel zählt die Provision des Verkäufers mehr als die Rendite des Kunden. Denn der Verkäufer wird nicht für gute Beratung, sondern für einen raschen Vertragsabschluss bezahlt. Dies ist der fundamentale Interessenskonflikt in einem Provisionssystem.

Den Erfolgsweg in diesem System gaben die Pohls in ihrem Schreiben vor: „Neukunden sind die Basis unseres Wachstums, genauso aber die entscheidende Grundlage für die Mitarbeitergewinnung. Denn der erfolgreiche Weg zur Mitarbeitergewinnung ist und bleibt, aus zufriedenen Kunden erfolgreiche Vermögensberater zu machen. Unser Ziel ist es deshalb, gemeinsam mit Ihnen in den nächsten Monaten die Anzahl neu gewonnener Kunden massiv zu steigern.“ Und so rief die DVAG im Frühjahr 2009 eine „Neukundenoffensive“ aus. Glaubte man der DVAG, lief das Neukundengeschäft gut. Nach neuesten Unternehmenszahlen wuchs die Zahl im Jahr 2009 um 300 000 auf 5,4 Millionen.

Neukunde ist, so definiert es die DVAG in ihrem Intranet, wer mindestens zwei neue Verträge unterschreibt und dem DVAGler mindestens 30 Einheiten bringt, die nach Status unterschiedlich vergütet werden. Um die Ziele zu erreichen, lockten die DVAG-Chefs mit verschiedenen Prämien: Neben Geldheften für erfolgreiche Berater konnten die 500 Besten ein Shopping-Wochenende mit Partner in New York gewinnen. Voraussetzung für die Reise waren mindestens



Eine Schulung für Mitarbeiter der Deutsche Vermögensberatung AG, abgekürzt DVAG in Frankfurt am Main: Mit verschiedenen Prämien versucht das Unternehmen seine Vertriebsmitarbeiter zu motivieren, neue Kunden zu gewinnen. Foto: Vario Images

50 Neukunden – aber nur acht von etwa 37 000 Mitarbeitern schaffen dies.

Eine andere Belohnung: Für die 50 Besten sollte es eine Audienz bei den Pohls geben („Plaudern Sie ganz privat mit Dr. Pohl und seinen Söhnen...“). Verstüft werden sollte dieser Besuch offenbar mit einem Bonus von 7500 Euro, vorausgesetzt 100 Neukunden konnten gewonnen werden. Nicht ein Vermögensberater schaffte das. Wie heikel die Lage für viele Berater ist, zeigt ein Blick in das Neukunden-Ranking: Ab Rang 12 200 steht bei den Mitarbeitern eine Null im Bereich „Anzahl Neukunden Netto“.

Die Luft wird also dünn. Der Verkaufsdruk für die Vermögensberater wächst. Darunter dürfte langfristig die Beratungsqualität leiden. Ein erster Indikator könnte die Stornoquote sein. Am 16. Mai 2009 deutete Firmengründer Pohl bei einer Konferenz auf einem Aida-Schiff vor mehreren Hundert Vermögensberatern Probleme an. Etwas schnoddrig sagte er: „Wir haben 'ne höchste Stornoquote.“ Wie hoch diese genau ist, bleibt das Geheimnis der DVAG-

Oberen. Eine Negativentwicklung deuten schlechte Werte beispielsweise im Bestandsstorno 2008 für Lebensversicherungen der AachenMünchener an, die von der DVAG verkauft werden.

Auch das zum Teil schlechte Image der DVAG besorgt die Vermögensberater. Während der Aida-Konferenz fragte eine Mitarbeiterin, was denn gegen sich häufende Kritik im Internet unternommen werde. Pohl überließ die Antwort dem zuständigen Vorstand Lach. Statt einen offenen Umgang mit Kritikern anzukündigen, sagte Lach, dass man bereits über die „Google-Problematik“ gesprochen habe – spätestens in einem halben Jahr solle es besser aussehen. Informationsquellen sollen nun bei Suchmaschinen wie Google dominieren, indem man sie verlinkt und mehrfach publiziert. Am 4. Juni des vergangenen Jahres eröffnete die DVAG ihren Unternehmensblog. Pressemitteilungen werden in diversen PR-Portalen veröffentlicht.

Doch mehr Präsenz führt auch zu unreflexiver Transparenz. Als FDP und CDU bei der Bundestagswahl gewannen

– beide erhalten Spenden der DVAG – gratulierte Lach im Blog Angela Merkel und dem damaligen DVAG-Beirat Guido Westerwelle und appellierte: „Es gibt viel zu tun: (...) Die Bürger müssen weiter durch geeignete Maßnahmen zu privater Vorsorge motiviert werden. (...) Und das zum Teil inzwischen nicht mehr er-

**Die Firma hält guten Kontakt zur Politik – auch dank einer geschickten Personalpolitik.**

trägliches Ausmaß bürokratischer Regelungen, gerade auch in unserem Berufsstand, muss abgebaut werden.“ Ein Aufruf zur Klientelpolitik, der bald von der Webseite genommen wurde. Er dokumentiert den guten Kontakt der DVAG zur Politik, der durch geschickte Personalpolitik Reinfried Pohls gestärkt wird. So ist seit April 2009 Ex-Kanzleramtsminister Friedrich Bohl Aufsichtsratsvorsitzender (vorher Vorstand) und wurde bei der

Aida-Konferenz von Vorstandsmitglied Sabina Gerhart für sein Engagement im Kampf gegen die Besteuerung von Provisionen gelobt: „Nur durch den fantastischen Einsatz von Herrn Bohl, der uns immer wieder die Türen geöffnet hat zu den Landesfinanzministerien und dem Bundesministerium, hatten wir Gelegenheit, mit den Entscheidungsträgern zu diskutieren und die Dinge zu besprechen und das Schlimmste zu verhindern.“

In Krisenzeiten sind solche Türöffner wichtig. Für das Jahr 2010 hofft die DVAG, Profiteur des am 1. Januar in Kraft getretenen „Bürgerentlastungsgesetz“ zu werden, auf das die Pohls in einem Schreiben an ihre Vermögensberater im Oktober 2009 verweisen. Es biete sich eine Chance, „die wir in ihrer Bedeutung für Ihren persönlichen Erfolg mindestens so groß einschätzen wie die aus der Einführung der Riester-Rente oder die aus der Beendigung der Steuerbefreiung der Erträge aus Lebensversicherungen. (...) Es gibt keinen besseren Türöffner zu Millionen von Kunden als dieses ‚Geschenk‘ des Staates.“

**Börse für Massenvernichtungswaffen**

Paris gründet eigenen Abwickler für CDS, jene Kreditderivate, die die Finanzkrise auslösten. Das soll künftige Schieflagen verhindern

Von Michael Kläsgen

Paris – Nach Deutschland hat nun auch Frankreich seinen eigenen Anbieter, über den Banken Kreditderivate wie Credit Default Swaps (CDS) abwickeln können. CDS sind jene hochkomplizierten Kreditausfallversicherungen, die für den Ausbruch der Finanzkrise und die Spekulationen auf eine Staatspleite Griechenlands verantwortlich gemacht werden. Der US-Investor Warren Buffett sprach sogar von „Massenvernichtungswaffen“.

Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy und Bundeskanzlerin Angela Merkel hatten vor drei Wochen ein gemeinsames Vorgehen gegen CDS angekündigt. Am Montag nun nahm der französische Abwickler des britisch-französischen Abwick-

lungshauses LCH Clearnet seine Arbeit auf. Diese größte unabhängige Clearingstelle Europas hat die gleiche Aufgabe wie der Abwickler der Deutschen Börse, die Eurex Credit Clear in Frankfurt. Sie soll als Zwischenhändler fungieren und das Geschäft mit CDS bündeln. Dadurch sollen die Transaktionen transparenter und künftige Finanzkrisen vermieden werden. Bis Mitte vergangenen Jahres handelten Banken CDS im Wesentlichen im Freiverkehr, und zwar mit dem Risiko, dass ein Marktteilnehmer ausfällt.

Die Abwicklung über eine Zentrale soll davor schützen. Der Vorteil: Die Zentrale weiß, zumindest idealtypisch, wer welche Positionen im Markt hält. Für jede Transaktion müssen die Banken Sicherheiten hinterlegen und für offene

Forderungen aufkommen. Bei Problemen informiert die Clearing-Stelle die Finanzaufsicht. Systemrisiken können die Aufsaher so früh erkennen.

LCH Clearnet macht nicht nur Frankfurt Konkurrenz, sondern vor allem London. Paris macht keinen Hehl daraus, der Londoner City Marktanteile abjagen zu wollen, die lange im Freihandel mit CDS führend war. Die Deutsche Börse wollte ihre Eurex Credit Clear ursprünglich als zentrale Abwicklungsstelle in Europa etablieren. Doch der Versuch scheiterte vorerst. Die Banken bevorzugten den europäischen Abwickler der amerikanischen Intercontinental Exchange (ICE) in Atlanta, die seit ihrer Inbetriebnahme Ende Juli 2009 ein Vielfaches der Geschäfte von Eurex abwickelte. Ihr Vorteil: Die

Banken waren bei ihr schon Kunde, weil diese bereits in den USA Kreditderivate bei ihr handelten. Doch LCH Clearnet gibt sich trotz der Frankfurter Startschwierigkeiten optimistisch. In Paris peilt man ein Geschäftsvolumen von mehreren hundert Milliarden Euro an.

Kritiker bemängeln aber, die führenden Industrienationen seien mehr darum bemüht, ihren eigenen Finanzplätzen Vorteile zu verschaffen, als die Finanzmärkte zu regulieren. Tatsächlich geht es um Marktanteile: LCH-Clearnet-Chef Pierre-Dominique Renard kündigte an, sich nur anfangs auf in Euro getätigte CDS-Geschäfte zu beschränken. In einem zweiten Schritt wolle man auch Hedging und private Vermögensverwalter aus aller Welt als Kunden gewinnen.

**Eine Frau räumt auf in der City**

Margaret Cole ermittelt gegen Londoner Geldmanager, die mit Insidergeschäften Gewinne in Millionenhöhe gemacht haben sollen

Von Andreas Oldag

London – Sie gilt als eiserne Lady bei der britischen Finanzmarktaufsicht Financial Services Authority (FSA): Margaret Cole leitet eine der größten Ermittlungen in der Geschichte der FSA gegen einen Insiderding. Nach der Festnahme von sieben Verdächtigen, darunter auch ein leitender Mitarbeiter der Deutschen Bank in London, kommen immer mehr Details ans Tageslicht. Angeblich konnten die Aktienhändler durch ihre dubiosen Geschäfte insgesamt einen Gewinn in bis zu zweistelliger Millionenhöhe einstreichen. Dabei ging es unter anderem um die Übernahme der britischen Brauerei Scottish & Newcastle durch den Bierkonzern Heineken für 7,8 Milliarden Pfund (etwa neun Milliarden Euro) im Jahre 2007. Fusionen und Firmenkäufe sind für Insider besonders interessant, weil es im Vorfeld der Transaktionen meistens zu stärkeren Kursbewegungen kommt. Händler, die entsprechendes Wissen über die betroffenen Firmen haben, können dies zu ihrem Vorteil nutzen.

Wie es in London heißt, arbeitet Coles Abteilung im Londoner Finanzviertel Canary Wharf nun feieberhaft daran, Computerfestplatten, E-Mail-Verkehr und andere Aufzeichnungen der Verdächtigen zu inspizieren. Dabei geht es nach einem Bericht der Financial Times auch

um Handelsaktivitäten im Zusammenhang einer Kapitalbeschaffung bei der Großbank Barclays im Jahre 2008. Noch ist allerdings ungeklärt, ob die Festgenommenen, die inzwischen gegen Kautions freigelassen wurden, nach einem „Masterplan“ arbeiteten oder sich eher ad hoc zusammengetan hatten. Fraglich ist zudem, inwieweit die Verdächtigen entweder persönlich oder über Mittelsmänner Informationen an Händler gegeben haben, die die sensiblen Daten benutzen konnten. Die Anklagen sollen in den nächsten Tagen erhoben werden.

„Wir müssen das Bewusstsein darüber schärfen, dass Insiderhandel ein schwerer Betrug ist“, erklärte Cole vor kurzem. Die Anwältin begann ihre Karriere in der Londoner Kanzlei Stephenson Harwood. Sie ist erst seit kurzem als Chefermittlerin bei der FSA tätig. Doch die 48-Jährige hat sich bereits als Hardlinerin einen Namen gemacht: Sie steht für einen Strategiewechsel der Behörde, der in der Vergangenheit nachgesagt wurde, zu viel Rücksicht auf die Interessen der Finanzbranche genommen zu haben.

Fachleute rechnen ohnehin damit, dass es an Europas größtem Finanzplatz Insiderhandel in viel größerem Ausmaß gibt als bislang bekannt. So hat auch die FSA anhand eigener Daten festgestellt, dass es 2008 bei 29 Prozent im Vorfeld von Firmenfusionen verdächtige Kursbe-



Bankentürme in Canary Wharf: Insiderhandel soll in London ein größeres Ausmaß haben als bisher bekannt. F.: AFP

wegungen gab. Man müsse eine „gläubwürdige Abschreckung“ schaffen, lautete Coles Plädoyer. Dieses wird in London auch als Hinweis darauf gewertet, dass Insiderhandel nicht weiter als Kavaliersdelikt geahndet werden soll. Dabei könnte auch eine Rolle spielen, dass sich die FSA kurz vor den Unterhauswahlen als unverzichtbare Institution profilieren will. Die konservative Opposition hat angekündigt, die FSA aufzulösen und die Finanzaufsicht der britischen Notenbank überlassen zu wollen.

Vergangene Woche durchkämmten insgesamt 140 Polizisten und FSA-Beamte in dem neuen Insiderfall 16 Wohnungen in Südost-England und Büroräume in London. Neben dem Mitarbeiter der Deutschen Bank wird auch ein Beschäftigter der Finanzfirma Exame verdächtigt, die mit der französischen Bank BNP Paribas verbunden ist. Ein weiterer Beschuldigter, der für einen US-Hedgefonds arbeitete, hat die Vorwürfe inzwischen durch seinen Anwalt zurückweisen lassen.

Erst vor kurzem wurde der ehemalige Beschäftigte der britischen Investmentbank Cazenove, Malcolm Calvert, zu 21 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht hatte ihn für schuldig befunden, in fünf Fällen vertrauliche Informationen im Aktienhandel zum eigenen Vorteil genutzt zu haben.

**US-Regierung will bei Citigroup aussteigen**

Washington – Die US-Regierung will die auf dem Höhepunkt der Finanzkrise erworbenen Aktien der US-Großbank Citigroup in diesem Jahr komplett wieder verkaufen. Die Regierung plant den „geordneten Verkauf“ der insgesamt etwa 7,7 Milliarden Aktien im Laufe des Jahres, teilte das Finanzministerium in Washington am Montag mit. Wann und wie genau dies geschehen soll, ließ das Ministerium offen: Der Preis für die Aktien und der Zeitplan des Verkaufs hingen „von einer Reihe von Faktoren“ ab. Nach jetzigem Marktwert wären die Aktien rund 33 Milliarden Dollar (24,6 Milliarden Euro) wert. Der Staat hatte auf dem Höhepunkt der Finanzkrise etwa 45 Milliarden Dollar in die einst größte Bank der Welt gepumpt und war damit zum größten Anteilseigner der Citigroup geworden. Die Bank zahlte Ende des vergangenen Jahres 20 Milliarden Dollar Finanzhilfe zurück und schrieb nach eigenen Angaben vor allem deshalb einen weiterhin hohen Verlust von 1,6 Milliarden Dollar 2009.

**Gewinnquoten**

- Lotto** (27. März): **Lottozahlen:** 4 – 10 – 14 – 36 – 45 – 49 **Susatzzahl:** 33; **Superzahl:** 8. 1. Rang (6 Treffer und Superzahl) unbesetzt, im Jackpot 11 626 629,60 Euro, 2. Rang (6 Treffer) 1 087 803,40 Euro, 3. Rang (5 Treffer mit Zusatzzahl) 69 590,10 Euro, 4. Rang (5 Treffer) 4338,90 Euro, 5. Rang (4 Treffer mit Zusatzzahl) 185,50 Euro, 6. Rang (4 Treffer) 58,60 Euro, 7. Rang (3 Treffer mit Zusatzzahl) 26,60 Euro, 8. Rang (3 Treffer) 12,50 Euro.
- Spiel 77:** 4 3 4 1 2 6 6 Gewinnklasse 1, Super 7: 870 000,00 Euro, Gewinnklasse 2: 70 000,00 Euro, Gewinnklasse 3: 7000,00 Euro, Gewinnklasse 4: 700,00 Euro, Gewinnklasse 5: 70,00 Euro, Gewinnklasse 6: 7,00 Euro, Gewinnklasse 7: 2,50 Euro.
- 13er-Wette:** 1. Rang unbesetzt, im Jackpot 172 401,00 Euro, 2. Rang 3583,30 Euro, 3. Rang 291,10 Euro, 4. Rang 33,80 Euro.
- Auswahlwette:** Gewinnklasse 1: unbesetzt, im Jackpot 202 650,60 Euro, Gewinnklasse 2: unbesetzt, im Jackpot 19 706,50 Euro, Gewinnklasse 3: 1037,40 Euro, Gewinnklasse 4: 48,10 Euro, Gewinnklasse 5: 20,80 Euro, Gewinnklasse 6: 4,00 Euro.
- Loterie Aktion Mensch:** Ziehung 23. März: Geldziehung Rang 1: Nr. 0 846 156, Rang 2: 7 145 016, 3 351 843, Rang 3: 8 525 714, 9 503 649, 7 683 282, 2 384 083, Rang 4: 492 578. (Ohne Gewähr)